



Naher Osten: Perspektiven für gemeinsame Sicherheit



- Mittlerer und Naher Osten: KSZE-Prozess als Vorbild
- Wohin steuert Israel?
- Friedensgutachten 2009: Es gibt Alternativen!
- Bundestagswahlkampf: Deutschland atomwaffenfrei!
- Braune Friedensengel mit „Nationalen Antikriegstag“

Inhalt

TITEL	
Perspektiven für den Mittleren und Nahen Osten	3
GASTKOMMENTAR	
Friedensgutachten 2009	6
INTERVIEW	
Wohin steuert Israel?	8
FRIEDENSBEWEGUNG	
Braune Friedensengel	10
Atomwaffenfrei als Wahlkampfthema	12
Die Pflicht, sich zu verweigern	13
IM BLICKFELD	
Welche Zukunft hat Afghanistan?	5
Tapferkeits-Orden für Bundeswehrosoldaten	7
Manipulation durch Sprache	11
Auszug aus Interview mit Andre Shepherd	14
BUCHBESPRECHUNG	
Wider das Informationsmonopol des Pentagon	15
RÜCKSEITE	
Aktuelles aus dem Internet-Archiv	16

Die nächste Ausgabe des Friedensjournal erscheint am 12. September 2009. Das Titelfoto zeigt israelische Panzer im Westjordanland.

IMPRESSUM

Das Friedens-Journal erscheint sechs mal jährlich und ist zum Solopreis von 15,00 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.
Internet: www.friedensjournal.de

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
c/o DGB Kassel, Spohrstr. 6, 34117 Kassel
Tel.: 05 61/804-23 14 · Fax: 05 61/804-37 38
e-mail: strutype@hrz.uni-kassel.de
www.friedensratschlag.de

Redaktion:

Hugo Braun, Christine Buchholz, Bernd Guß,
Lühr Henken, Hans-Peter Richter,
Bärbel Schindler-Saefkow, Peter Strutynski,
Horst Trapp, V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69–77,
60329 Frankfurt am Main,
Tel.: 069/24 24 99 50 · Fax: 069/24 24 99 51
e-mail: Frieden-und-Zukunft@gmx.de

Bankverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01 · Kto.-Nr.: 2 0008 1390

Bildnachweis auf Heftseiten:

S. 1: worldpress.com; S. 4, 5, 14:
flickr.com; S. 12: atomwaffenfrei.de

Wahlkampfthemen der Friedensbewegung

Liebe Leserinnen und Leser,

es ist unverkennbar, dass Deutschland im Bundestagswahlkampf ist. Auch wir als Friedensbewegung versuchen dabei, unsere Themen einzubringen. Als Teil einer langfristig angelegten Kampagne stellen wir dazu in dieser Ausgabe die bereits erfolgten und noch geplanten Aktivitäten der Kampagne „Unsere Zukunft – atomwaffenfrei“ vor. Hierbei geht es vor allem darum, die nach wie vor bestehende atomare Teilhabe Deutschlands innerhalb der NATO anzugehen und eine Weichenstellung im deutschen Engagement für die UN-Folgekonferenz zum Atomwaffensperrvertrag im nächsten Jahr herbeizuführen. Für dieses Thema erscheinen dafür die Voraussetzungen günstig, wenn man hierfür Obamas Prager Rede heranzieht. Allerdings: Bei seinem kürzlichen Besuch in Moskau hielt Obama an der Stationierung von Raketenabwehrschirmen in Osteuropa fest, die das atomare Gleichgewicht zugunsten der USA zerstören würde. Ist das seine Vision einer atomwaffenfreien Welt? Außerdem: Die aus dem Konflikt des Westens mit dem Iran entstandene Kriegsgefahr ist dramatisch angewachsen, seitdem Obamas Vize Biden den Israelis für einen Angriff auf iranische Atomanlagen seinen Segen gegeben hat. Wenngleich diese Aussage inzwischen wieder etwas relativiert wurde, zeigt sich doch, dass der Schlüssel für Atomwaffenfreiheit letztlich in einer Lösung für die Hauptkonfliktregion dieser Welt liegt: Der Middle East und Nahe Osten.

Mohssen Massarat skizziert in seinem Beitrag für das Friedensjournal ein Konzept, das den KSZE-Prozess der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts in Europa als Vorbild nimmt. Der Beitrag verdeutlicht auch, dass ein solcher Prozess vor allem auch durch ein Engagement Deutschlands auf den Weg gebracht werden könnte. Davon ist die Bundesregierung jedoch noch weit entfernt, vor allem auch wegen des Unwillens, einer rechtsextremen Regierung in Israel Grenzen aufzuzeigen. Im Gegenteil: Die Kritikvermei-

dung gegenüber Israel hat mittlerweile eine beängstigende Irrationalität angenommen. In unserem Interview mit Harri Grünberg gehen wir nicht nur der Frage nach, wohin die israelische Regierung steuert, sondern auch, welche neuen Kräfte sich in Israel jenseits des Zionismus entwickeln. Und natürlich auch, was die deutsche Friedensbewegung leisten kann, um kritischen Stimmen aus Israel mehr Gehör zu schaffen.

Um die Nahost-Problematik dreht sich auch unser Gastkommentar von Margret Johannsen, Mit-Herausgeberin des Friedensgutachtens 2009. In ihrem Beitrag verweist sie darauf, dass im Friedensgutachten bereits seit langem eine aktivere Politik der EU und der Bundesrepublik im Nahostkonflikt angemahnt wird. In der diesjährigen Ausgabe ist die Frage „Wie beenden wir Kriege?“ eine Hauptüberschrift für zahlreiche Einzelbeiträge. Während die Entschärfung des Israel/Palästina-Konfliktes nur mit großen Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft möglich ist, wäre diese Frage im Falle Afghanistans recht einfach zu beantworten. Auch die deutschen Friedensforschungsinstitute fordern in ihrem Friedensgutachten 2009 eine zivile Lösung. Schließlich macht sich mittlerweile auch in deutschen Regierungskreisen und den sie tragenden Parteien immer mehr Ratlosigkeit breit, wie denn der Bundeswehreinsatz beendet werden könnte, ganz zu schweigen von der Verhinderung einer weiteren Eskalation des Krieges. Im Herbst letzten Jahr hatte man auf deren Seite noch gehofft, durch die Verlängerung des Bundeswehrmandates um 15 Monate das Thema Afghanistan aus dem Bundestagswahlkampf herauszuhalten. Dass diese Strategie nicht aufgeht, wäre unser Beitrag zum Bundestagswahlkampf. Auf der Rückseite verweisen wir auf die Vielfalt der dafür vorhandenen Materialien.

Eine anregende Lektüre der Beiträge dieser Ausgabe wünscht

Karl-Heinz Peil

Perspektiven für den Mittleren und Nahen Osten

Von *Mohssen Massarat, emer. Professor für Politikwissenschaften, Osnabrück*

■ Die Konflikte in der Region sind vielschichtig und können wie folgt nach ihren Besonderheiten und inneren Logiken differenziert dargestellt werden:

Grenzüberschreitende Natürliche Ressourcen

Es handelt sich um den Konflikt um das Ölfeld Rumaila zwischen Irak und Kuwait, das von der irakischen Seite als ein weiterer Grund für die Besetzung Kuwaits angeführt wurde. Hinzu kommen Konflikte auch um grenzüberschreitende Öl- und Gasquellen im Persischen Golf zwischen den meisten Golfstaaten. Gelingt es nicht rechtzeitig, Voraussetzungen für geregelte und kooperative Nutzung dieser grenzüberschreitenden Energieressourcen zu schaffen, dann könnten absehbare Streitigkeiten, die auch mit der Abnahme der verbliebenen Ressourcenmengen intensiver werden dürften, sich in gewaltsamen Auseinandersetzungen entladen. Bei den Interessengegensätzen um die Nutzung von grenzüberschreitenden Gewässern geht es vor allem einerseits um den Konflikt wegen des Flusses Jordan zwischen Israel, Palästina und Jordanien und andererseits um die Flüsse Euphrat und Tigris zwischen Türkei, Syrien und Irak. Auch hier wachsen mit der Zunahme von Wasserknappheit Konfliktpotentiale und Kriegsbereitschaft.

Grenzüberschreitende Ethno-religiöse Konflikte

Der Hauptkonflikt, der alle anderen Konflikte überlagert und Lösungen erschwert und in der Region einen Flächenbrand entfachen könnte, ist die alte Feindschaft zwischen Sunniten und Schiiten. Zwar sind die islamischen Wurzeln beider Strömungen und die gemeinsame Suche nach neuer Identität im Globalisierungsprozess bedeutend stärker als die Gegensätze. Diese können jedoch, wie gegenwärtig im Irak zu beobachten ist,

durch gezielte und blutige Terroranschläge auf Heiligtümer der Schiiten bzw. der Sunniten, aber auch gegen die Zivilbevölkerung, künstlich geschürt werden. Bei einer Zuspitzung der Gegensätze zwischen Sunniten und Schiiten im Irak ist nicht ganz ausgeschlossen, dass sich daraus ein flächendeckender Krieg in der gesamten Region entwickelt, und zwar zwischen Iran, den irakischen Schiiten und Hisbollah im Libanon auf der einen Seite, und Saudi-Arabien, Jordanien, Ägypten und den Sunniten im Irak und Libanon auf der anderen Seite. Verfolgungen der religiösen Minderheiten und Pogrome auf beiden Seiten, wie sie aus Afrika (bspw. in Ruanda) bekannt sind, stünden dann auf der Tagesordnung. Unabhängig von diesen religiös motivierten Gegensätzen ist ein grundsätzlicher Kulturkonflikt in allen Staaten der Region im Gange, ein Konflikt zwischen Modernismus und Fundamentalismus im historischen Transformationsprozess, in dem sich die Staaten im Mittleren und Nahen Osten gegenwärtig befinden.

Kurdistan

Der grenzüberschreitende Kurdistan-Konflikt ist der wichtigste der ethnisch begründeten und noch immer ungelösten Konflikte, der eine permanente Quelle für weitere Zuspitzungen und gewaltsame Auseinandersetzungen im Irak, in der Türkei, aber auch im Iran darstellt. Hier geht es einerseits um kulturelle Autonomie innerhalb des jeweiligen bestehenden Staatsverbandes, und andererseits um die Gründung eines kurdischen Nationalstaates, der neue Kriege und internationale Interventionen heraufbeschwören dürfte. Hinzu kommt die Instrumentalisierung der Kurden als Faustpfand für machtpolitische Allianzen im Konkurrenzkampf unter den Zentralstaaten. Die gegenwärtige Zusammenarbeit zwischen USA und Israel mit irakischen Kurden gegen Iran und Syrien belegt, dass der Kurdis-

tankonflikt auch eine internationale Dimension hat und tatsächlich neuartige Interventionen nach sich ziehen könnte.

Israel-Palästina

Es geht in erster Linie um die Beendigung der israelischen Besetzung und um die Gründung eines eigenen palästinensischen Staates. Angesichts der fortgesetzten israelischen Besatzungspolitik und der Radikalisierung der palästinensischen Gesellschaft entstanden neben der säkularen palästinensischen Befreiungsbewegung auch religiöse Widerstandsgruppen wie die Hamas. Im Israel-Palästina-Konflikt werden neue Konfliktpotentiale mit explosiver Sprengkraft in der gesamten Region und darüber hinaus auch in der islamischen Welt mobilisiert. Dazu zählen die anhaltende Feindbildproduktion, ein wachsender islamisch-jüdischer Fundamentalismus und arabischer Nationalismus, die Verstärkung von Gewaltbereitschaft und Terrorismus sowie die Verhinderung der Demokratisierung in allen arabisch-islamischen Staaten. Dieser Konflikt ist die Ursache einer Israelfeindlichkeit in der islamischen Welt, die im Westen oft mit Antisemitismus gleichgesetzt wird, und er ist auch eine der Ursachen einer ständig wachsenden Islamfeindlichkeit im Westen.

Israel-Libanon

Die Politisierung der palästinensischen Flüchtlinge in den libanesischen Flüchtlingslagern und die Präsenz der PLO im Libanon führte schließlich dazu, dass der Israel-Palästina-Konflikt Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre sich auf Libanons Territorium ausweitete. Im Juni 1982 besetzte Israel Südlibanon, und der daraus resultierende Widerstand der Schiiten im Südlibanon führte zur Entstehung von Hisbollah. Diese Strömung entwickelte sich mit ihrer hoch motivierten und gut trainierten Miliz zu einem Staat im Staate Libanons. Der ursprünglich durch Israels Besetzung von Palästina entstandene Israel-Libanon-Konflikt zieht neue Kreise und droht die gesamte Region zu erfassen. Durch umfangreiche Waffenlieferungen an die Hisbollah ist ein Wettüben zwischen Iran und Israel entstanden, was im letzten Libanon-Krieg im Juli

2006 beinahe in einen größeren Krieg zwischen Iran einerseits und Israel und den USA andererseits übergegangen wäre.

KSZE-Prozess als Vorlage

Die obige Beschreibung der grundsätzlichen Konfliktstrukturen und die Tatsache der Regionalisierung der Konflikteskalation sprechen dafür, die Perspektive einer zusammenhängenden regionalen Strategie analog zum europäischen KSZE-Prozess ab Mitte der 1970er Jahre ins Auge zu fassen. Im Mittleren und Nahen Osten gibt es nicht nur Gegensätze, sondern auch viele Gemeinsamkeiten. Im Folgenden werden die wichtigsten dieser Potentiale aufgelistet, die belegen, dass sie für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Kooperation in der Region beträchtlich sind und eine gute Grundlage auch für eine politische Kooperation darstellen.

Ökonomische Kooperationspotentiale

Möglich ist eine regionale Arbeitsteilung mit komparativen Kostenvorteilen für alle Beteiligten: durch Öl- und Gasexporte sowie petrochemische Produkte aus den Golfstaaten, gegen Agrarprodukte, Lebensmittel,

Textilien, langlebige Konsumgüter, Industrieanlagen und High-Tech-Erzeugnisse aus dem Iran, der Türkei und Israel, wobei der Iran auf Grund seiner Größe, diverser Klimazonen und fossiler Reserven beide Produktgruppen zum Tausch bereitstellen könnte. Des Weiteren könnten Potentiale für den regionalen Tourismus in allen Golfstaaten, allen Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres, allen Anrainerstaaten des Mittelmeeres und Hochkulturstaaten mit antiken Sehenswürdigkeiten (Ägypten, Iran, Türkei, Jordanien, Syrien und alle kleinasiatischen Staaten) durch gemeinsame Projekte erschlossen werden.

Ressourcen- und Umweltschutz: Angesichts des Problems aktuell nicht nachhaltiger Nutzung von Öl- und Gasquellen in allen Staaten im Persischen Golf bietet es sich an, gemeinsame Strategien zur nachhaltigen Nutzung dieser Ressourcen zu entwickeln und dabei unterschiedliche Erfahrungen nutzbar zu machen. Zu nennen sind auch gemeinsame Investitionsprojekte zur Nutzung des Kaspischen Meeres und des Persischen Golfes, ferner auch gemeinsame Projekte zur Nutzung regenerativer Energiepotentiale und zur Schaffung eines regionalen Stromnetzes. Besonders wichtig sind auch Strategien zur gemeinsamen Nutzung der knappen Wasserressourcen und Regelungen zur gerechten Verteilung von grenzüberschreitenden Gewässern.

Soziale Projekte: Die Region verfügt über erhebliche finanzielle und menschliche Ressourcen, um wichtige grenzüberschreitende soziale Projekte zu initiieren, die geeignet sind, neue Arbeitsplätze in besonders benachteiligten Regionen, aber auch in Konfliktregionen wie Palästina und Kurdistan, die auf Grund ihrer permanenten Verwicklung in Kriege auf Ressourcenimport angewiesen sind, zu schaffen. Nur so können anstelle von Separatismus mit allen seinen gewaltvollen Folgen die Vorteile der Friedensperspektive durch Kooperation erlebbar gemacht und kann neuen Konflikten der Boden entzogen werden. Auch gemeinsame Strategien zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Armut, Drogenabhängigkeit und Alphabetismus verstärken die Identität

und begünstigen die Kooperation in allen anderen Bereichen.

Kultur und Bildung: Alle Staaten im Mittleren und Nahen Osten haben gemeinsame kulturelle und religiöse Wurzeln. Es gibt zwar einen unbarmherzigen Konflikt zwischen islamischen Staaten und Israel, jedoch bisher nicht zwischen Moslems und Juden. Immerhin lebten in allen Staaten der Region Juden mit Moslems jahrhundertlang friedlich zusammen. Antisemitismus, im Sinne von Judenverfolgung oder Vernichtung, ist, so wie wir ihn aus der europäischen Geschichte kennen, in den islamischen Ländern so gut wie unbekannt. Auch heute richtet sich die Feindschaft der Moslems ganz eindeutig gegen den Staat Israel, und zwar wegen dessen Besatzungspolitik, aber nicht gegen die Juden als religiöse Gemeinschaft.

Perspektiven für gemeinsame Sicherheit

Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) entstand auf dem Höhepunkt der Ost-West-Konfrontation, und zwar aus dem normativen Bedürfnis unterschiedlicher ökonomischer Systeme und kultureller Erfahrungen unterschiedlicher politischer Systeme, um die Feindschaft zwischen westlichen und östlichen Staaten durch die Idee der gemeinsamen Sicherheit abzubauen, das Wettrüsten in einen Abrüstungsprozess umzukehren und langfristig ohne Gewaltanwendung die Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden zu schaffen. Die KSZE wurde 1976 in Helsinki gegründet und 1995 in die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) überführt. Ihr gehören heute 55 Staaten an. Dies sind alle europäischen Staaten sowie die USA und Kanada.

Die Staaten des Mittleren und Nahen Ostens können zwar nicht nach (west)europäischem Muster unmittelbar mit der ökonomischen Integration beginnen, dazu sind ihre ökonomischen Systeme, ihr Lebensstandard und ihre kulturellen Erfahrungen aktuell viel zu verschieden. Sie können jedoch sehr wohl dem Weg der gemeinsamen Sicherheit folgen, den Europa beschritten hat. Dieser Weg ist auch dringend geboten, weil alle beteiligten



Foto: Mauer in Jerusalem

Staaten der Region daraus mittel- und langfristig für sich Vorteile ziehen und darüber hinaus dadurch auch die Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden herstellen könnten. Dies gilt nicht zuletzt auch für Israel.

KSZMNO jetzt und ohne Vorbedingungen

Die Haupttätigkeit der Konferenz müsste zunächst darin bestehen, analog zur KSZE, allerdings angepasst an die Bedingungen in der Region, Schritte zu vertrauensbildenden Maßnahmen einzuleiten, Konfliktfelder aufzulisten, sie so zu sortieren, dass die Perspektive einer gemeinsamen Sicherheit und Kooperation für alle beteiligten Staaten nachvollziehbarer würde und die gewünschte Dynamik erzeugte, um alle Staaten der Region in das Projekt zu integrieren. Vieles könnte in zehn oder fünfzehn Jahren tatsächlich erreicht werden, was aus heutiger Sicht als utopisch erscheinen mag. Über die friedenspolitische Bedeutung für die Region hinaus eröffnet die KSZMNO die Perspektive einer von den Regionen ausgehenden Dezentralisierung der Sicherheitspolitik.

Bei der Perspektive einer KSZMNO sind die Interessen der Konfliktparteien nicht auf allen Gebieten komplexer. Der Iran und die arabischen Staaten müssten sich auf die Anerkennung Israels einlassen und dessen Existenz auf Dauer garantieren. Als Gegenleistung müsste Israel sich end-



Foto: Kinder in Kabul

gültig auf die Grenzen von 1967 zurückziehen und die Gründung eines lebensfähigen Palästinenserstaates nicht länger blockieren und diesen Staat dauerhaft an seinen Grenzen akzeptieren. Dann müsste es darum gehen, durch Abrüstung auf beiden Seiten, sowohl konventionell wie nuklear, die gemeinsame regionale Sicherheit aufzubauen.

Israel, Europa und auch die USA könnten dann davon profitieren, dass Öl von den Ölstaaten im Mittleren Osten in Zukunft nicht als politische Waffe

eingesetzt würde und dass die energiepolitische Sicherheit, die für alle Industriestaaten ein gewichtiges Ziel darstellt, auf Dauer garantiert wäre.

Weitere Infos:

Der vorliegende Beitrag ist die für das Friedensjournal erstellte Kurzfassung eines ausführlicheren Beitrages, veröffentlicht in dem Buch: „Zerstörer Irak – Zukunft des Irak?“, Herausgegeben von Johannes M. Becker und Herbert Wulf (Schriftenreihe des Zentrums für Konfliktforschung an der Universität Marburg)

IM BLICKFELD

Welche Zukunft hat Afghanistan?

Auszug aus einem Beitrag von Matin Baraki

Ein sofortiger Abzug der NATO-Einheiten und die Wiederherstellung der Souveränität Afghanistans sind die Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung am Hindukusch.

[...] Eine Regierung, vom Volk gewählt, hätte auch in Kabul kaum etwas zu befürchten. Im schlimmsten Fall sollte, wenn für kurze Zeit Militärschutz benötigt würde, eine International Security Assistance Force ausschließlich aus Staaten kommen, denen das Land nahe steht, wie den Blockfreien und den islamischen Staaten. Bekanntlich gehört Afghanistan zu den Gründungsmitgliedern beider Staatengruppen. Damit wäre auch dem islamistischen Widerstand der Wind aus den Segeln genommen, denn Afghanistan wäre dann nicht von

„ungläubigen Christen“ und dem „großen Satan“ besetzt.

[...] Mit „Durchhalte“ und Kurshalte“ –Parolen sowie noch mehr Militär, wie der frühere UN-Sonderbeauftragte für Afghanistan, Tom Koenigs, verlangte, wird es in Afghanistan jedenfalls weder Frieden noch Wiederaufbau, geschweige denn ein „nation-building“ geben, die Geschichte Afghanistans bestätigt dies eindrucksvoll. „Wer A sagt, der muss nicht B sagen. Er kann auch erkennen, dass A falsch war“. Diese Erkenntnis Bertolt Brechts muss die politische und militärische Klasse der NATO-Länder beherzigen und die Fehler ihres Afghanistanabenteuers korrigieren.

Quelle: ND vom 10.07.2009



MARGRET JOHANNSEN

Schwerpunkt Kriegsbeendigung

Der Schwerpunkt des Friedensgutachtens 2009 ist der Frage gewidmet, wie sich Kriege beenden lassen. In Fallstudien zu beendeten und nicht-beendeten Gewaltkonflikten im Nahen und Mittleren Osten (Afghanistan, Irak, Palästina), Europa (Westbalkan, Georgien) und Afrika (Sudan, Kongo) unternimmt das diesjährige Jahrbuch der fünf Institute für Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik den Versuch, aus dem Charakter der gegenwärtigen Kriege Strategien abzuleiten, wie ihnen ein Ende zu setzen sei. Militärisch, so lautet die Hypothese, sei die Mehrzahl der gegenwärtigen Kriege nicht zu gewinnen. Denn ihnen liegen im Kern widerstreitende politische Ordnungsvorstellungen zugrunde. Diese lassen sich nur mit Unterstützung der Bevölkerung durchsetzen. Deren Loyalität bestimmt den Ausgang des Krieges, nicht militärische Entscheidungsschlachten.

Fallbeispiel Palästina-Konflikt

Dass auch der Konflikt um Palästina nicht militärisch lösbar ist, stellt keine neue Erkenntnis dar. Mehrere Kriege, die in verhandelte Waffenstillstände oder einseitig erklärte Waffenruhen mündeten, aber nicht zu Frieden führten, legen davon Zeugnis ab. Der jüngste Gewaltausbruch, in dem sich die Spannungen des Jahrhundertkonflikts entluden, ist der dreiwöchige Gaza-Krieg um die Jahreswende 2008/2009. Wie in der Mehrzahl der akuten Gewaltkonflikte weltweit war auch dieser Krieg durch den Mix von staatlicher und substaatlicher Kriegsführung bestimmt, der keine Entscheidungsschlachten kennt.

Friedensgutachten 2009: Es gibt Alternativen

Von Margret Johannsen, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg, Mit-Herausgeberin des Friedensgutachtens 2009

Dass beide Seiten nach der Feuereinstellung den Sieg für sich reklamieren, nährt nicht gerade die Hoffnung, dass nach dem Gaza-Krieg die Chancen gestiegen sind, den Grundkonflikt dauerhaft zu beenden, im Gegenteil: Der Krieg hat die Bedingungen für eine Regelung des Grundkonflikts nicht verbessert, sondern verschlechtert, weil er die Kräfte gestärkt hat, die als Gegner eines Verhandlungsfriedens gelten oder Gewalt zur Durchsetzung von Interessen favorisieren.

Die Wiederkehr des ewig Gleichen

Dieser Befund des Textes „Der Gaza-Krieg: Jüngstes Kapitel in einem endlosen Konflikt“ dürfte die meisten Leser nicht überraschen. Nicht nur bei Palästinensern und Israelis hat sich längst Resignation breit gemacht, auch beim europäischen Publikum ist die Ansicht weit verbreitet, dass dieser Konflikt unlösbar sei. Wie ist diese Einschätzung zu bewerten? Die Dauer des Konflikts scheint den Skeptikern Recht zu geben. Der Gaza-Krieg war die vorerst letzte große Gewalteruption in dem jahrzehntealten jüdisch-arabischen Konflikt um das Territorium zwischen Jordan und Mittelmeerküste, dessen Anfänge bis in das späte 19. Jahrhundert zurückreichen. Sein Gewaltpotenzial bricht sich immer wieder Bahn, als läge dies in der Natur der Sache.

Wäre dies so, ließe sich zur Tagesordnung übergehen. Aber um natürliche Prozesse in der Art von Vulkanausbrüchen oder Tsunamis handelt es sich bei den wiederkehrenden Gewalteskationen nicht, sondern um politisch erzeugte Katastrophen, die darum prinzipiell politischen Interventionen zugänglich sind. Auch gehört dieser Gewaltkonflikt nicht zu den sogenannten vergessenen Kriegen. Er spielt sich vor unserer Haustür ab. Er macht immer wieder Schlagzeilen. Die Staatengemeinschaft engagiert sich, die UNO befasst sich, die Opfer werden

penibel gezählt, z.B. findet man in den Statistiken seit Ausbruch der zweiten Intifada im Herbst 2000 keine summarischen Angaben über Tausende von Toten. Es scheint, als zähle hier noch ein einzelnes Menschenleben.

Doch daraus erwächst keine tragfähige Lösung. Vielleicht ist sogar das Gegenteil der Fall: Liegt vielleicht gerade in der Bedeutung, die diesem Konflikt und den Konfliktparteien auf den Parketts der internationalen Diplomatie zugewiesen wird, eine Ursache dafür, dass er kein Ende findet? Immer wieder haben externe Akteure in den Konflikt interveniert, aber nie haben sie in hinreichendem Maße das politische Kapital aufgebracht, dessen es bedürft hätte, um ein Ende des Konflikts herbeizuführen.

Die Schwäche des Stärkeren und die Stärke des Schwachen

Seit Jahrzehnten oszilliert das Engagement äußerer Mächte und internationaler Organisationen im Palästina-Konflikt zwischen zwei Polen. Auf der einen Seite erhalten die Konfliktparteien so viel Unterstützung, dass sie ihre Existenz behaupten können. Auf der anderen Seite werden sie trotz ständiger Einmischung von außen, die aber keine Konfliktregelung bewerkstelligt, letztlich der destruktiven Dynamik des Konflikts überlassen. Gleichwohl hat die Staatengemeinschaft wesentlich dazu beigetragen, dass der Konflikt nicht nach dem Recht des Stärkeren entschieden wurde. Für beide Seiten war der bisher zu entrichtende Preis für den jahrzehntelangen Konflikt tragbar. Israel musste die gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Palästinensern nicht gewinnen, um sich seiner staatlichen Existenz sicher zu sein. Doch die Demonstrationen seiner Machtfülle stehen in krassem Gegensatz zu der Unfähigkeit des jüdischen Staates, die Palästinenser zur Aufgabe ihres nationalen Projekts zu zwingen. Diese Un-

fähigkeit ist nicht militärisch zu erklären, sie hat ihre Ursache in der Selbstdefinition Israels als Mitglied der westlichen Wertegemeinschaft. Unter diesen Umständen konnten die Palästinenser die gewaltsamen Auseinandersetzungen nicht verlieren. Mit internationaler Unterstützung konnten sie ihre Katastrophen überleben und sich die Chance bewahren, zwischen verschiedenen Wegen im Konfliktaustrag zu entscheiden. Zur Wahl stehen derzeit zwei Befreiungsbewegungen: Fatah, die trotz ihres Gewaltverzichts das palästinensische Ziel nationaler Selbstbestimmung verfehlt hat, und Hamas, die sich die Gewaltoption für den Fall vorbehält, dass Verhandlungen nicht zum Ziel führen.

Politische Marginalisierung der Europäer beenden

Muss man die Schlussfolgerungen teilen, zu denen die Autorin gelangt? Sie kann niemanden entdecken, der in der Lage und willens wäre, eine Beilegung des Konflikts zu erzwingen, und sie prognostiziert, dass die Symbolkraft des Palästina-Konflikts ein Energiespender für andere Konflikte im Vorderen Orient bzw. transnationale Risiken und Bedrohungen bis hin zum home-grown terrorism bleiben wird.

Gibt es Alternativen? Im Friedensgutachten wird seit langem eine aktivere Politik der EU und der Bundesrepublik im Nahostkonflikt angemahnt. Wenn der Westen den nächsten Krieg verhindern und die Zweistaatenlösung retten will, darf er sich nicht auf

Appelle und Mahnungen beschränken, sondern sollte eine für beide Seiten zumutbare Lösung mit einer entschlossenen Politik von konditionierten Anreizen gepaart mit Druck durchzusetzen versuchen. Gewiss benötigt Israel, wenn es die Blockade des Gazastreifens beenden soll, die Gewähr, dass die Paramilitärs offene Grenzen nicht zur Wiederaufrüstung nutzen. Allerdings setzt dies voraus, dass die Palästinenser ihre Spaltung überwinden, zu der die Boykottpolitik des Westens gegenüber der Hamas nicht unwesentlich beigetragen hat, und es einer Regierung der nationalen Einheit gelingt, das vor-staatliche Gewaltmonopol im gesamten palästinensischen Autonomiegebiet zu etablieren.

Die Palästinenser, gerade auch die Kräfte, die sich bisher die Option des bewaffneten Kampfs gegen die Besatzung offenhalten, benötigen Unterstützung bei der Transformation von Befreiungsbewegungen in politische Parteien. Ohne Powersharing wird das allerdings nicht funktionieren. Das Friedensgutachten 2009 plädiert darum für ein klares Signal an die Palästinenser, dass eine Regierung der nationalen Einheit anerkannt und unterstützt würde, wenn sie auf Gewalt gegen Israel verzichtet, bestehende Abkommen respektiert und sich eine Zweistaatenlösung im Sinne der von der Arabischen Liga 2002 vorgebrachten Friedensinitiative zu eigen macht. Darin läge ein starker Anreiz für die verfeindeten Fraktionen, ihre Rivalität mit zivilen Mitteln

auszutragen. Unter diesen Umständen besteht auch die Chance, dass die militante palästinensische Opposition die Raketenangriffe aus dem Gazastreifen einstellt, die sich materiell zwar gegen Israel richten, politisch aber auf den palästinensischen Präsidenten Abbas zielen, um ihn zu schwächen und ihm etwaige Erfolge in den Verhandlungen mit Israel zu verwehren, solange die innerpalästinensische Spaltung fortbesteht. Wenn es den Palästinensern gelingt, sie zu überwinden, sollte der Westen Arrangements der Machtteilung fördern, einschließlich einer Integration der Hamas-Milizen in den Sicherheitsapparat der Autonomiebehörde.

Gegenüber Israel scheinen andere Mittel geboten, damit es die anhaltende Unterminierung der Zweistaatenlösung durch den Siedlungsbau in der Westbank aufgibt und die dortigen Abriegelungen mit ihren verheerenden Folgen für die palästinensische Wirtschaft aufhebt. Eine Vertiefung der Beziehungen im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik darf Israel nur erwarten, wenn es den Siedlungs- und Mauerbau in der Westbank – beide völkerrechtswidrig – stoppt und die auch nach israelischem Recht illegalen Siedlungsvorposten auflöst. Ob die gegenwärtige rechtsnationale Regierung dazu bereit ist, d.h. den Partner abgeben will, den die Palästinenser für ein verhandeltes Ende des Konflikts benötigen, ist allerdings alles andere als sicher. Aber was spricht dagegen, die Probe aufs Exempel zu machen?

IM BLICKFELD

„Kreuz, brav“ – Tapferkeits-Orden für Bundeswehrsoldaten

Angela Merkel kam in feldgrau. Vielleicht war es ein Zufall, aber der Hosenanzug der Kanzlerin ähnelte sehr den Uniformen der Heeresoffiziere, die in den ersten Reihen im ersten Stock des Kanzleramts Platz genommen hatten, neben ihren Kameraden von Luftwaffe und Marine.

Der Anlass war außergewöhnlich: Erstmals in der mehr als 50-jährigen Geschichte der Bundeswehr verlieh ein Verteidigungsminister Orden für besondere Tapferkeit. „Erstauschändigung von Ehrenzeichen der Bundeswehr für Tapferkeit“, hieß das etwas ungenau.

[...]

Das Wort Krieg nahmen natürlich weder Kanzlerin noch Verteidigungsminister Franz Josef Jung (beide CDU) in den Mund. Noch nicht einmal das Wort Kampf. „Eine Armee im Einsatz braucht eine solche Auszeichnung“, sagte die Kanzlerin. Sie sprach zwar von „schwierigen Aufträgen mit hohen Risiken“, zählte jeden Ort zwischen Afghanistan, Sudan, Libanon und Georgien auf, wo Bundeswehrsoldaten zu Fuß oder per Schiff unterwegs sind.

Doch den Vorfall im Oktober, das Selbstmordattentat bei Kundus, den Anlass der Ordensverleihung – den streifte sie nur am Rand.

Quelle: FR vom 07.07.2009



HARRI GRÜNBERG

FJ: In Eurem Buch wird ausführlich auf die Entwicklung der zionistischen Bewegung eingegangen und als Resümee darauf verwiesen, dass der Zionismus ein Auslaufmodell darstellt. Wie unterschiedlich sind denn die Positionen dazu innerhalb Israels?

Wir weisen in unserem Buch auf die schwindende Bindungskraft des Zionismus hin. Die junge Generation Israels würde sich heute in ihrer Mehrheit niemals als Antizionistisch bezeichnen, betrachtet aber den Zionismus als etwas Folkloristisches aus der Vergangenheit. Wir sehen im Postzionismus ein sich ausbreitendes ideologisches Vakuum. Eine postzionistische Phase kann von Links aber auch von Rechts besetzt werden. Die linke Perspektive wäre die Zweistaatenregelung sowie das Ende der Diskriminierung gegenüber den Palästinensern, die seit 1948 im israelischen Kernland leben und die israelische Staatsbürgerschaft besitzen. Dafür muss sich Israel in eine Art Republik aller seiner Bürger wandeln. Die Antwort von rechts wäre die Hegemonie der Siedlerbewegung, die sich auf den Zionismus beruft. Aber anders als der traditionelle Zionismus ist diese Bewegung und ihr Diskurs höchst irrational. Das Rationale des Zionismus war die Schaffung eines jüdischen Staates. Die Siedlerbewegung und das in Israel regierende Rechtsextremistische Lager hingegen sieht einen göttlichen Auftrag in der fortgesetzten Kolonisierung arabischen Landes.

FJ: Heißt das in der Konsequenz, dass der Zionismus – so oder so – seine staatstragende Wirkung verliert und kritische jüdischen Stimmen gegen die „Staatsräson“ verstoßen?

Wohin steuert Israel?

Interview mit Harri Grünberg, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsfraktion Die Linke.

Harri Grünberg ist zusammen mit Wolfgang Gehrcke und Jutta von Freyberg Autor des Buches „Die deutsche Linke, der Zionismus und der Nahost-Konflikt“, kürzlich erschienen im PappyRossa Verlag.

Zionistische Staatsräson heißt, einen jüdischen Staat zu schaffen, der allen Juden der Welt offen steht. Dieses Konzept nutzt sich ab. Solange aber keine Vertrauensgrundlage zwischen Arabern und Juden im Nahen Osten besteht, gibt es zu der Existenz eines jüdischen Staates im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes des jüdischen Volkes ebenso wenig eine Alternative wie zu den Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat. Die historische Entwicklung muss beide Völker dermaßen annähern, dass am Schluss des Prozesses möglichst ein bi-nationaler Staat in einer nahöstlichen Staatenföderation entsteht. Davon sind wir aber weit entfernt. Heute verstoßen jene jüdischen Stimmen gegen die Staatsräson, die genau dieses fordern oder auch nur den realen Veränderungsprozess Israels und des Zionismus vor Augen haben.

FJ: Ihr verweist in Eurem Buch darauf, dass Israel auch bedeutende wirtschaftliche Ressourcen hat. Ist denn die in die Isolierung führende Politik Israels noch damit vereinbar?

Die Hightech-Industrie Israels will Teil der globalisierten Welt sein, mit offenen Märkten in den arabischen Staaten und der Konsequenz, dafür Land für Frieden und Anerkennung durch die arabischen Staaten herzugeben, allerdings mit so wenig wie möglich an Palästinensischer Selbstbestimmung. Dafür standen die früheren Ministerpräsidenten Rabin und Peres. Der andere Teil der israelischen Elite glaubt weiterhin an eine Zukunft in der Isolation Israels, darin bestehend, den Arabern einen Diktatfrieden aufzuzwingen und zusätzliches arabisches Land zu erobern. Mit US-Präsident Bush fühlten sie sich darin bestätigt, was mit Obamas Präsidentschaft nun ins Wanken geraten ist.

FJ: Kann man das so verstehen, dass der von Bush proklamierte

„Krieg gegen den Terrorismus“ sich auch wirtschaftlich für Israel ausgezahlt hat?

Vor allem kann man hier mit den Worten der Buchautorin Naomi Klein von einer „Ökonomie des Terrors“ sprechen. Israels Wirtschaft wuchs hierdurch, obwohl sich die arabischen Märkte kaum für Israel geöffnet haben. Israels Industrie ist hauptsächlich im militärischen und im Sicherheitssektor engagiert und profitierte bisher enorm am Krieg gegen den Terrorismus. Aber auch hier zeichnet sich ein Wandel ab. Israels Ökonomie wird in den nächsten Jahren ernsthaft in die Krise geraten, wenn es ihr nicht gelingt, von der Ökonomie des Terrors auf andere Zweige umzuschalten. Diejenigen Teile der Elite Israels, die den modernen Wirtschaftssektor vertreten, streben deshalb auch nach einem EU-Beitritt. Dafür steht unter anderem die frühere Außenministerin Livni und ihre Kadima Partei.

FJ: Die neue rechtsgerichtete Regierung Israels betont verstärkt den Charakter Israels als jüdischen Staat. Würde damit Israel nicht zu einem Apartheid-Staat, was von einigen kritischen Stimmen in aller Welt bereits jetzt behauptet wird?

Die Frage ist hierbei, was man mit einer solchen Forderung verbindet, denn per Definition ist Israel bereits jetzt ein jüdischer Staat, in dem der arabischen Minderheit zwar formal gleiche Rechte gewährt, diese aber durch etwa 2.000 Verordnungen stark einschränkt werden. Allerdings gehört die Diskriminierung nationaler Minderheiten schließlich auch zur Realität vor allem in den allermeisten osteuropäischen Staaten und auch in Westeuropa ist die Diskriminierungen von ethnischen oder nationalen Minderheiten noch nicht gänzlich gelöst. Weder dort noch in Israel mit seinem 17%-Anteil palästinensischer Staats-

bürger würde ich von Apartheid sprechen.

FJ: Würde aber die Umsetzung der Vorstellungen Liebermans nicht dahin führen?

Hört man sich einige der Minister der neuen rechtsextremen Regierung Israels an, so erhält die Forderung nach einem jüdischen Staat eine ganz andere Dimension. Lieberman fordert offen den Transfer der Israel-Araber d.h. die Angliederung der palästinensischen Siedlungsgebiete an die Autonomiegebiete, die sich hauptsächlich entlang der israelischen Grenze bis 1967 zwischen Israel und der Westbank befinden. Das hieße, sie verlieren ihre israelische Staatsbürgerschaft und die erworbenen Rechte. Israel wäre damit ein fast rein jüdischer Staat. Im Gegenzug würde Israel die jüdischen Siedlungen innerhalb der Westbank an Israel angliedern. Hört man andere rechtsextreme Minister der Regierung Netanjahus, so fordern diese die Annexion der Westbank. Das hieße, dass es in weniger als 10 Jahre in diesem „gemeinsamen“ Staat mehr Palästinenser als Juden gäbe. Entweder verliert mit der Palästinensischen Mehrheit der Staat seinen jüdischen Charakter, oder man verwandelt den Staat in einem Apartheidstaat.

FJ: Wie realistisch ist denn die Etablierung eines Palästinenserstaates? Vor einigen Monaten sagte der bedeutende israelische Historiker Moshe Zuckerman in einem Interview, dass eine Rückgabe der besiedelten Gebiete im Westjordanland an die Palästinenser zu „bürgerkriegsähnlichen Szenen“ führen würden. Ist ein Friedensprozess im Nahen Osten bei dieser Einschätzung nicht vorneweg zum Scheitern verurteilt?

Entweder kommt es zu einem Palästinenserstaat oder die Region endet im Chaos. Zur Zeit wachsen die Mengen an Waffen, die in die Region hineinströmen. Zuckerman hat recht mit seiner Aussage, dass die Räumung der Siedlungen bürgerkriegsähnliche Zustände hervorrufen könnten. Die Lösung des Problems wird deshalb nur auf der internationalen Arena möglich sein. Mit Sicherheit wird es keine vollständige Räumung der Siedlungen

geben. Die größeren Siedlungsblöcke, die etwa 90% der jüdischen Bevölkerung innerhalb der besetzten Gebiete ausmachen, werden an Israel angegliedert werden. Die kleineren Siedlungen werden wohl geräumt werden müssen. Dabei wird zumindest ein harter Kern von Fanatikern – sagen wir etwa 5.000 – wohl einen erbitterten und womöglich blutigen Widerstand üben.

FJ: Doch wie würde sich das – nicht ganz unrealistische – Szenario eines Scheitern der Zwei-Staaten-Regelung darstellen?

Das führt ins Nichts. Gelegentlich hört man zwar von Palästinensern, dass sie bei einem endgültigen Scheitern dieser Verhandlungen die Autonomiebehörde auflösen würden und Israel als Besatzer dann die Pflicht hätte, für das Wohl der Zivilbevölkerung zu sorgen – womit die Palästinenser dann auch die israelische Staatsbürgerschaft einfordern würden. Die Situation der Palästinenser könnte sich unter diesen Bedingungen aber nur verschlimmern. Denn unter einem Apartheid-Regime gäbe es überhaupt keine Perspektive mehr.

FJ: Kommen wir nun zum Umgang der deutschen Linken mit Israel. In der Partei Die Linke gibt es unterschiedliche Meinungen über die Positionierung zum Nahostkonflikt, in der Bandbreite einer Beschwörung der Staatsräson zu Israel bis hin zu betont antiimperialistischen Positionen. Wie weit gehen denn die Gemeinsamkeiten in dieser Frage?

In der Partei gibt sehr wohl einen Fundus an Gemeinsamkeit. Alle bedeutenden Kräfte gehen von einer Zwei-Staaten-Regelung aus. Bis auf die skurrile Gruppierung BAK Shalom, die ein Ableger der Antideutschen innerhalb der Partei Die Linke darstellt, sind alle Kräfte der Meinung, dass man Israel wegen seiner anhaltenden Besatzungspolitik kritisieren soll.

Der politische Gegner ist daran interessiert, diese Debatte innerhalb unserer Partei anzuzünden. Leider gibt es aber auch Kräfte, die in einer weniger kritischen Haltung zu der Politik Israels das Eintrittsticket für eine Regierungs-

beteiligung auf Bundesebene sehen. Dieses tendieren deshalb dazu, die Kritik an Israel dermaßen in Watte einzupacken, dass es niemanden mehr weh tut.

FJ: Muss man sich in diesem Diskurs zwangsläufig auch gegenüber Hamas positionieren?

Im Falle von Hamas sollte man zwei Dinge nicht miteinander vermischen. Hamas ist eine Widerstandsbewegung, aber keine Befreiungsbewegung. Dem gegenüber war Fatah als säkulare und sozial-reformerische Bewegung innerhalb der palästinensischen Gesellschaft revolutionär. Hamas hingegen will die alten gesellschaftlichen Strukturen erhalten. Trotz ihres Antiimperialismus bleibt Hamas nach innen eine reaktionäre Kraft gespeist durch die Ideologie der Moslembruderschaft. Heute existiert innerhalb von Hamas ein Konglomerat von Ansichten und Ideologien, Dieses beinhaltet sicherlich zwar auch ein Potential für linke Politik, jedoch ist Hamas eindeutig kein ideologischer Partner der Linken. Dennoch: Wer Frieden haben will, muss auch mit Hamas reden.

FJ: Abschließend die Frage: Wie sollte die deutsche Friedensbewegung Israel vor falschen Freunden schützen?

Die Friedensbewegung sollte mehr Kontakte zur Friedensbewegung in Israel knüpfen. Konferenzen organisieren und junge Menschen aus Israel einladen. Dort gibt es eine junge Generation mit NGO-Erfahrungen, deren Kritik an der Politik Israels hierzulande auch gehört werden muss. Es sind israelische Stimmen, die sich nicht scheuen, uns in Europa zu Druck auf ihre Regierung aufzufordern. Wer Israel helfen will, seine Existenz in der Region zu sichern, der muss dazu beitragen, Israel in eine Friedensperspektive einzubetten und von den bösen Geistern der Träume an ein Groß-Israel zu befreien. Israel muss ein Teil der Region werden in dem es lebt. Dazu kann die deutsche Friedensbewegung einen Beitrag leisten.

*Das Interview führte
Karl-Heinz Peil*

Braune Friedensengel mit „Nationalem Antikriegstag“

Von Lucius Teidelbaum, „Informationsstelle Militarisation (IMI), Tübingen

■ Im Unterschied zu anderen geplanten Nazi-Großveranstaltungen – die durch erfolgreiche Proteste verhindert wurden – konnten am 6. September 2008 über 1.000 Jungnazis in Dortmund auf dem vierten „Nationalen Antikriegstag“ auftreten. Dass hierzu auch sehr viele und ganz überwiegend Jugendliche kamen, zeigt auch die Veränderungen im subkulturellen Neonazi-Lager. Neben den klassischen Nazi-Skins und dem völkischen Traditions-Flügel (HDJ etc.) hat sich eine weitere jugendsubkulturelle Strömung etabliert, die sich „Autonome Nationalisten“ (AN) nennt. Diese „Autonomen Nationalisten“ orientieren sich an Symbolik, Auftreten und Aktionskonzepten der linken Autonomen bei weitgehender Beibehaltung rechter Inhalte. Kurz gesagt: Außen rot, innen braun. Für die junge Strömung der „Autonomen Nationalisten“ gibt es neben den üblichen traditionellen Schwerpunkten auch neue Themenfelder. Gegenüber dem Nazi-Dauerschwerpunkten Rassismus und der NS-Nostalgie haben ein völkischer Antikapitalismus, Globalisierungskritik, die so genannte Anti-Antifa-Arbeit, das Feindbild Polizei, aber auch Antiamerikanismus und Antizionismus (wieder) verstärkt an Bedeutung gewonnen. Ebenso eine Form von Pazifismus, die im Folgenden zur Abgrenzung vom Pazifismus der Friedensbewegung „Nationalpazifismus“ genannt werden soll. Datum und Thema des 5. „Nationalen Antikriegstages“ stehen schon fest. Am 5. September 2009 wollen wieder hunderte Jungnazis „Gegen imperialistische Kriegstreiberei und Aggressionskriege“ auf die Straße gehen. Dieses Motto ähnelt frappierend bekannten Parolen aus der Friedensbewegung.

Um was geht es?

Eine genauere Betrachtung des Werbematerials für den „Nationalen Antikriegstag“ in Dortmund, sowie der Mobilisierung für die, kurz vorher abgesagte, Anti-NATO-Demonstration des NPD-Jugendverbandes „Junge Nationaldemokraten“ und von Anti-

NATO-Flugblättern aus dem Spektrum der „Deutschland-Bewegung“ soll Aufschluss darüber geben. Auf der Homepage des „Nationalen Antikriegstages“ steht u.a.: „[es] wurde aber auch dem Bürger genügend Möglichkeit geboten sich vom „Antikriegstagsdenken“ der selbsternannten Demokraten zu lösen, welche seit Begehen des Tages lediglich den deutschen Verteidigungskrieg gegen Polen thematisieren, anstatt die Aggressions- und Angriffskriege von Amerikanern und Israeliten zu verurteilen.“ In diesem kurzen Abschnitt steckt Antiamerikanismus, Antisemitismus und eine Apologie des deutschen Rasse- und Vernichtungskrieges 1939-45, der zum „deutschen Verteidigungskrieg gegen Polen“ umgelogen wird.

Nicht nur der Protest der Friedensbewegung gegen die NATO kündigte sich zu deren Jubiläum im April 2009 an, auch ein paar extrem rechte Gruppen mobilisierten gegen den 60. Geburtstag der NATO. Auf der Homepage der extrem rechten „Deutschlandbewegung“ findet sich ein Flyer aus der rechten Flugblattreihe „Freie Bürgerstimme Baden“. Übertitelt ist der Flyer mit dem Satz „JA zur europäischen Verteidigungs-Union unter europäischem Kommando!“. Auch der erste Satz verrät gleich worum es geht: „Die NATO ist heute mehr denn je Handlanger der imperialistischen US-Politik.“ Eine solche Analyse liegt stark neben der Realität. Im Unterschied dazu sehen Teile der linken Friedensbewegung die Macht der USA eher im Niedergang und kritisieren vor diesem Hintergrund insbesondere die Militarisation der EU, die sich mehr Mitspracherecht in der NATO sichern und neben den USA als neue Weltmacht agieren will.

Den extremen Rechten hingegen geht es gar nicht generell um Frieden oder die Ablehnung von Machtpolitik mittels Krieg, es geht nur darum, dass Deutschland in den Augen der Rechten kein eigenständiger Akteur ist, der auch allein, d.h. jenseits von Bündnis-

sen, Krieg führen kann. Deutschland wird als Marionette der USA gesehen, eine Behauptung, die das eigenständige machtpolitische Handeln der Bundesrepublik seit 1990 ignoriert bzw. maßlos unterschätzt. Ausdrücklich wird der Krieg gegen die USA und ihre Verbündeten gut geheißt: „Die rasche und vernichtende Antwort auf den georgischen Einmarsch in Südossetien im August 2008 zeigt, dass der „russische Bär“ wieder Zähne hat und zubeißen kann.“ Im Gegensatz zu früheren Jahren spielt ein nationalistisches Russland in den Vorstellungen vieler Neonazis die Rolle eines potenziellen Verbündeten, sprich Achsenpartners, gegen die USA.

Nationalpazifismus

Die gesteigerte Relevanz des Themas in der Szene zeigt sich auch daran, dass Veranstaltungen zu Antikriegs-Veranstaltungen umgetauft werden. Aus einem banalen Rechtsrockkonzert wie dem NPD-Open-Air in Gera wird so ein Event mit dem Titel „Rock gegen Krieg“. Bei einer genaueren Betrachtung der politischen Inhalte unter dem Stichwort Nationalpazifismus wird klar, dass dieses nicht nur ein Köderthema ist. Besonders den jungen „Autonomen Nationalisten“ ist es ein Herzens-Thema. Doch es geht ihnen um eine ganz eigene Variante von Frieden, für den sie eintreten. „Nationalpazifismus“ gibt es aber schon länger in Deutschland. In Westdeutschland waren Nationalpazifisten immer auch Nationalneutralisten. Diese suchten einen „Dritten Weg“ zwischen den Blöcken, ihr Ziel war ein starkes, wiedervereinigtes und neutrales Deutschland. Parolen wie „Keine US-Raketen auf deutschem Boden!“ zeigen worum es ging. Das Entscheidende war das „auf deutschem Boden“. Ob sie anderswo gelagert werden, war den Nationalpazifisten schlichtweg egal. Die alten Nationalpazifisten sind sich mit den neuen Nationalpazifisten in diesem Punkt durchaus einig. Bruchstücke dieser alten Nationalpazifisten sind vor allem noch um den deutschnationalen Ex-Bundestagsabgeordneten und selbsternannten Friedensforscher Alfred Mechtersheimer (1970-81: CSU-Mitglied, 1987-90: parteiloser Abgeordneter der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg) übrig.

„Kein Krieg – gegen Deutsche Interessen!“

Der Friedensbewegung geht es nicht nur um die Frage von Krieg und Frieden, ebenso spielt beispielsweise die Frage der Menschenrechte oder die Ablehnung von Nationalismus eine starke Rolle. Dinge, die für Nationalpazifisten nicht von Bedeutung sind, es sei denn die Menschenrechtsfrage lässt sich gegen ihre Feindbilder verwenden (USA, Israel), dient der Projektion eigener Wünsche („Tibet den Tibetern, Chinesen raus!“). Nationalpazifisten stellen an Deutschland die Forderung, dieser Staat solle nicht Krieg im Interesse Anderer führen. Die Kriege der USA werden aus anti-amerikanischer und die Kriege Israels werden aus antisemitischer Sicht/Motivation kritisiert. Es geht dabei weniger um die zivilen Opfer der Kriege, als mehr um die Akteure. Die USA und Israel sind generell die Feinde und ihre Gegner sind potenzielle Bündnispartner. Nicht ohne Grund wurde und wird im Neonazi-Lager die antisemitische Hamas, die Theokratie im Iran mit ihrem antisemitischen Präsidenten oder die Baath-Diktatur im Irak unter Saddam Hussein mit Lobeshymnen bedacht. Alle teilen dieselben Feindbilder (Juden bzw. der Judenstaat Israel, USA bzw. „der Westen“) und sind sich auch in ihrer autoritären Ausrichtung ähnlich.

Prinzipiell lässt der Nationalpazifismus sich auf diese Grundregel zusammenfassen: „Alle Kriege sind schlecht, wenn sie nicht in Deutschlands Interesse geführt werden“. Eines ist jedenfalls klar, es geht nicht grundsätz-

lich um die Frage von Krieg und Frieden, sondern darum, wer ihn gegen wen führt. Wunschgemäß soll ein unabhängiges Deutschland wieder selbst, und für seine eigenen Interessen Krieg führen. Eine Parole auf dem „Nationalen Antikriegstag“ verdeutlicht eindrucksvoll diese Einstellung: „Nie wieder Krieg, nach unserm Sieg!“

Abgrenzung ist möglich

Auch in der Friedensbewegung finden sich anti-amerikanische Stereotype, und so manche Israelkritik verlässt den Boden der Rationalität. Hinzu kommt, wie bei der jüngsten Eskalation des Gaza-Konfliktes ersichtlich wurde, dass sich Friedensdemonstrationen auch Gruppen und Personen anschließen, denen es nicht um Frieden, sondern um den Sieg der von ihnen favorisierten Konfliktpartei geht. Wer mit Hizbollah- oder Hamas-Fahnen auf einer Demonstration erscheint, kann nur schwerlich für Frieden eintreten. Dazu ertönten auf manchen Demonstrationen antisemitische Parolen wie „Tötet alle Juden“, „Judenschweine“ oder „Juden raus“.

Doch dem kann entgegen gewirkt werden, sowohl inhaltlich, als auch praktisch. Judenfeindliche, rassistische und nationalistische Parolen auf Demonstrationen sollten von vornherein durch Auflagen unterbunden und entsprechende Rufer aus der Demo verwiesen werden, ebenso Träger von Hamas- und Hizbollah-Fahnen und sonstigen nationalistischen Symbolen (beispielsweise schwarz-weiß-rote Flaggen). Dieses Vorgehen kann durch

einen entsprechenden Passus auf Veranstaltungs-Ankündigungen legitimiert werden, auf den sich dann berufen werden kann. Gleiches kann für den Nationalsozialismus relativierende Vergleiche (etwa Bush-Hitler-Gleichsetzungen) angekündigt werden. Die Verneinung des Einsatzes von Gewalt darf nicht zur Bejahung von Isolation oder der Ignoranz von Leiden bei Menschen jenseits der Grenzen führen. Das Credo der französischen Rechten gegenüber der Aufrüstungs- und Expansionspolitik Hitlers lautete ironisch-desinteressiert: „Für Danzig sterben?“

Weitere Infos: www.imi-online.de



„Nie wieder Krieg“ lautete das Motto der Massenkundgebungen, welche die pazifistischen Organisationen anlässlich des Antikriegstages in der Weimarer Republik jedes Jahr Anfang August in Deutschland veranstalteten – als Mahnung an den Beginn des 1. Weltkrieges 1914. Die sozial und politisch engagierte Künstlerin Käthe Kollwitz entwarf dazu 1924 dieses Plakat.

IM BLICKFELD

Neusprech – Manipulation durch Sprache

Das „Institut für Medienverantwortung“ hat ein noch kleines Lexikon Neusprech/Altsprech (nach dem Vorbild in George Orwells Buch „1984“) begonnen. Es ist interessant, darin nachzulesen. Das Institut wartet übrigens auf

Ergänzungen durch Leser/innen... (Anmerkung und Auswahl der Begriffe durch die Redaktion)

Quelle: www.medienverantwortung.de

Neusprech Bedeutung und Kommentar

- Eingriffskräfte/Einsatzkräfte = Angriffsarmee
- Einsatzlage = Krieg (in Afghanistan)
- Friedensoperation, Friedensmission = Krieg
- humanitäre Intervention = Krieg bzw. Ressourcensicherung
- Politikberater = Lobbyist
- Rebellenhochburg = legales Kriegsziel (z.B. die dicht bevölkerte Stadt Falluja)
- umstrittene Verhörmethode = Folter

Atomwaffenfrei – auch ein Wahlkampfthema

Von Roland Blach, Kampagnenkoordinator von „Unsere Zukunft – atomwaffenfrei“

■ Das politische Klima ist günstig – die Vision einer atomwaffenfreien Welt steht im Raum. Deshalb ist es naheliegend, den Abzug der letzten 20 US-Atomwaffen aus Deutschland zum Bundestags-Wahlkampfthema zu machen. Der aus 47 Organisationen bestehende Trägerkreis „Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen!“ will mit der Kampagne „unsere zukunft – atomwaffenfrei“ erreichen, dass bei der nächsten UN-Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag im Jahr 2010 der deutsche Regierungsvertreter erklärt: „Es gibt keine Atomwaffen mehr auf deutschem Boden. Deutschland hat seine nukleare Teilhabe beendet.“ Mit der nuklearen Teilhabe Deutschlands setzt sich die Bundesregierung über das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes (IGH) vom 8. Juli 1996 hinweg. Danach ist die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen generell völkerrechtswidrig. Die Bundesregierung hat ganz einfach erklärt, für sie stelle die Tatsache, dass Atomwaffen in Deutschland gelagert und für ihren Einsatz bereitgehalten werden sowie ihr Einsatz für den Ernstfall geübt wird, keine Drohung dar. Die nukleare Teilhabe verstößt u.a. auch gegen den Atomwaffensperrvertrag, dem die Bundesrepublik als Nichtkernwaffenstaat beigetreten ist.

Darin hat sie sich verpflichtet, Atomwaffen oder die Verfügungsgewalt darüber von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen. Dem steht jedoch entgegen, dass Bundeswehrsoldaten durch das Festhalten unserer Regierung an der „nuklearen Teilhabe“ in der NATO unter der faktischen Befehlshoheit der USA dazu verpflichtet sind, Atombomben bei Befehl ins Zielgebiet zu fliegen und abzuwerfen. Nukleare Erstschläge auch gegen Nichtatomwaffenstaaten oder „vorbeugende“ Angriffskriege mit „Mini-Nukes“ im sog. Krieg gegen den Terror sind aktuelle Themen in der Diskussion über die neue NATO Doktrin. Auch die in Büchel stationierten Atomwaffen sind strategisch eingebettet, um andere (Atom-) Mächte im Verteilungskampf um die weltweit letzten Ressourcen und Märkte „in Schach“ zu halten.

„Ich wähle atomwaffenfrei“

Die Kampagne „Unsere Zukunft – atomwaffenfrei“ will sich mit Hilfe von Aktiven vor Ort in den Bundestagswahlkampf einmischen. In Anbetracht der bevorstehenden Bundestagswahl bietet sich uns die Möglichkeit, nukleare Abrüstung in das Bewusstsein der Abgeordneten im nächsten Bundestag zu bringen. Denn in diesem Zusammenhang nehmen Abgeordnete die Ängste und Sorgen der Bevölkerung in ihrem Wahlkreis besonders ernst. Vor wenigen Wochen haben wir eine erste Handlungsmail verschickt, mit der Bitte die verschiedenen Möglichkeiten zu nutzen, auf die Kandidaten und Abgeordneten zuzugehen.

Beispielsweise wollen wir CDU-Abgeordnete fragen, warum ihre Partei den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland blockiert. Wichtig ist auch, der FDP unsere Erwartung zu signalisieren, dass ihrer Forderung nach dem Abzug der US-Atomwaffen Taten folgen müssen, wenn sie eine Regierung mitbildet. Und folgen die SPD-Abge-

ordneten Außenminister Steinmeiers Strategie, Deutschlands Atomwaffenfreiheit vom Abrüstungsprozess der ehemaligen Supermächte USA und Russland abhängig zu machen? Hier ist eine weitere Auswahl von Fragen, die wir Abgeordneten gestellt haben:

„Wie würden Sie entscheiden, wenn Sie morgen im Bundestag zu unseren Forderungen ohne den so genannten Fraktionszwang abstimmen könnten?“

„Wie stehen Sie persönlich zur Frage der US-Atomwaffen in Deutschland und die nukleare Teilhabe der NATO? Was haben diese Waffen noch als Zweck, wo sie bei Terroristen eher uns gefährden als abschrecken?“

Aufgeschlossene Abgeordnete wollen wir dazu verpflichten, unsere Erklärung zu unterzeichnen, mit der wir an die im Nichtverbreitungsvertrag festgehaltene Verpflichtung erinnern wollen, „in redlicher Absicht“ Verhandlungen zur kompletten Abrüstung aller Atomwaffen zu führen. Diese Aktion nimmt nicht viel Zeit in Anspruch und ist sehr effektiv. Antwortbriefe von den Abgeordneten wollen wir auf unserer Webseite veröffentlichen.

Berliner Aktion „Kehraus“

Am 30.4.2009 wurde in Berlin als Auftaktaktion unserer Kampagne zur Bundestagswahl ein „Kehraus“ zur Walpurgis-Nacht durchgeführt. Eine Berliner Putztruppe fegt die Atombomben in Deutschland symbolisch in die Tonne. Von der Uni bis zum Brandenburger Tor kehren in weiße Overall gekleidete Atomwaffen-GegnerInnen mit Besen eine selbstgebastelte Atombombe über die Straße „Unter den Linden“. Unter dem Motto „Vor der eigenen Türe kehren“ wollen die VertreterInnen mehrerer Berliner Friedensorganisationen zeigen, dass in Deutschland eigenes Handeln auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt gefragt ist.

Sommer-Aktionen in Büchel

Auf dem Fliegerhorst und Atomwaffenstützpunkt Büchel sind ca. 20 US-Atombomben stationiert, die zusammengenommen einer Sprengkraft von über 150 Hiroshima-Bomben entsprechen. Deutschland stellt dort mit den Tornado-Kampfflugzeugen des



Jagdbombengeschwaders 33 das Trägersystem für die B 61 Atomsprengköpfe – die Verwendung der US-Mini-Nukes vom Typ B 61 -11 ist auch möglich. Erfolgreich, bunt und vielfältig waren die Proteste für ein atomwaffenfreies Deutschland am und um den Fliegerhorst Büchel im August letzten Jahres, wobei unter anderem ca. 2.000 Menschen am Zaun protestierten. Daran wollen wir in diesem Jahr anknüpfen. Vom 13. Juli – 9. August (Nagasaki-Gedenktag) findet in Alfien, in der Nähe von Büchel ein Aktionscamp statt. Innerhalb dieser vier Wochen werden immer wieder gewaltfreie Aktionen gegen die illegale Atomwaffenstationierung organisiert, an den Samstagen sind Konzerte geplant.

Wir möchten viele Gruppen und Einzelpersonen erreichen und dazu auf-

fordern, sich ein Datum für eine Aktion auszusuchen, um eigene politischen Inhalte mit der hiesigen Atomwaffenproblematik in Verbindung zu bringen. So können z.B. Gruppen, die gegen Sozialabbau arbeiten, die (nuklearen) Rüstungsausgaben thematisieren, oder: wie hängen Klimawandel und Energiepolitik mit einem möglichen Atomkrieg zusammen, welche Gesundheitsgefahren birgt der Atombombenrohstoff für die indigenen Bevölkerungen in den Uranabbaugebieten, oder was hat die sog. zivile Nutzung, der Atomstrom aus AKWs, mit den Atombomben zu tun etc.?

Am 8./9. August gibt es anlässlich des 64. Jahrestags der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki das Programm: „Wege für den Frie-

den“ mit Kundgebung und symbolischer Sitzblockade, Friedensmarkt und Konzert. In diesem Rahmen führt auch die Friedensaktionsradtour „Auf Achse für Frieden“ der DFG-VK vom 1.–8. August von Ansbach nach Büchel. Wir hoffen, für den Samstagabend, den 8. August, wieder eine/n namhafte/n Künstler/in begrüßen zu können. Am Sonntag, den 9. August (Nagasaki-Tag), wird es eine Demonstration zum Haupttor des Fliegerhorsts und dort eine Kundgebung geben. 64 Jahre wird es dann her sein, dass eine Plutoniumbombe über der japanischen Stadt Nagasaki abgeworfen wurde, wodurch ca. 70.000 Menschen direkt sowie über 200.000 durch Spätfolgen getötet wurden.

Weitere Infos:
www.atomwaffenfrei.de

Die Pflicht, sich zu verweigern

Asyl für den US-Deserteur André Shepherd!

Von *Henriette Keller*

■ „Guten Tag, mein Name ist André Shepherd. Ich war Mitglied der US-Armee, bis mir klar wurde, dass mein Gewissen mir nicht länger erlaubt, dort weiter zu dienen. Ich bin zur Zeit unerlaubt abwesend (AWOL) und werde in Deutschland politisches Asyl beantragen. Ich bitte Sie für dieses schwierige Unterfangen um Ihre Unterstützung.“

Mit ruhiger Stimme spricht André diese Worte in den Raum, in dem sich zahlreiche Zeitungs-, Radio- und FernsehjournalistInnen versammelt haben. Nichts ist ihm anzumerken von der ungeheuren Anspannung, die auf ihm lasten muss. Schließlich ist er im Begriff, etwas nie Dagewesenes zu wagen. Und dieser Augenblick, in dem er seine Entscheidung auf einer kurzfristig in Frankfurt einberufenen Pressekonferenz öffentlich macht, ist das Ergebnis einer langen, schmerzhaften und oft widersprüchlichen Entwicklung.

Wie für viele junge US-Bürgerinnen und US-Bürger schien das Militär für André zunächst die Chance zu sein, seiner bedrückenden wirtschaftlichen

und sozialen Situation zu entfliehen. Nach seinem Informatikstudium hatte er lange versucht, Arbeit in der IT-Branche zu finden, musste aber angesichts der desolaten Marktlage schließlich aufgeben und jobbte in einem Fast-Food-Restaurant. In dieser Situation wurde er von einem Anwerber der Armee angesprochen.

Die Mischung aus Appellen an seinen Idealismus, handfesten finanziellen Versprechungen und glatten Lügen, der er sich im Rekrutierungsbüro ausgesetzt sah, tat ihre Wirkung – im Glauben, sich einer guten Sache zu verschreiben und zugleich sein Leben auf eine finanzielle Grundlage stellen zu können, verpflichtete sich André Ende 2003 zu einem 15-monatigen Dienst bei der Armee.

Ganz bewusst wählte er diesen kurzen Zeitraum, weil er die Kontrolle über sein Leben nicht zu lange aus der Hand geben wollte. Was er nicht wusste: Ein derart befristeter Vertrag bedeutet immer auch, dass der Soldat nach Ablauf seiner aktiven Dienstzeit noch jahrelang der Reserve untersteht

und bei Bedarf jederzeit einberufen werden kann.

Nach der Grundausbildung ließ sich André zum Spezialisten für die Reparatur und Wartung von Apache-Kampfhubschraubern ausbilden. Kurze Zeit war er im bayrischen Katterbach stationiert, danach wurde er in den Irak verlegt. Als Mechaniker war er nicht direkt an den Kampfhandlungen beteiligt, aber er sah und hörte genug, um seine naive Gutgläubigkeit zu verlieren und Nachforschungen zum „Krieg gegen den Terror“ anzustellen. Was er erfuhr, erfüllte ihn mit wachsendem Entsetzen. Dies war kein gerechter Krieg mit dem Ziel, Massenvernichtungswaffen unschädlich zu machen und einem unterdrückten Volk Freiheit und Demokratie zu bringen. Die Wirklichkeit sah anders aus: „Wir haben ... zerstört, getötet, geplündert, gefoltert, entführt, gelogen und nicht nur die Bürger und führenden Politiker der feindlichen Staaten, sondern auch die unserer Verbündeten manipuliert.“

Und er erkannte, dass seine Arbeit als Hubschraubermechaniker ein direkter Beitrag zu Kriegsverbrechen war, denn die Luftangriffe der US-Armee trafen die Zivilbevölkerung ebenso wie militärische Ziele.

In Videodokumentationen der Apache-Einsätze sah André Menschen, „die von den Maschinengewehren zer-



fetzt oder von den Raketen in Stücke gerissen worden waren – das Ergebnis der Arbeit meiner Hände“.

Diese Situation wurde ihm immer unerträglicher. „Meine geistige Gesundheit und mein Selbstwertgefühl fielen in sich zusammen, als ich mich zu fragen begann: Wie viele Menschen habe ich indirekt getötet? Wie viele Leben habe ich ins Unglück gestoßen? Was, wenn das jemand meiner Familie oder meinen Freunden antäte? Ich kann bis heute nicht sicher sagen, wie viel Verwüstung von solchen Hubschraubern angerichtet wurde.“

Als André mit seiner Einheit nach Deutschland zurückverlegt wurde, ging er seine Möglichkeiten durch. Sollte er einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung stellen? Die Chancen auf Anerkennung waren gering, und selbst während der Prüfung des Antrags lief er

Gefahr, wieder in den Irak geschickt zu werden. Sollte er bei der Armee bleiben und hoffen, dass er in Katterbach einen Verwaltungsjob machen und den Rest seiner Dienstzeit einfach aussitzen konnte? Aber die Gewissheit, in den Irak zurückverlegt zu werden, zeichnete sich immer deutlicher ab.

Im April 2007 war ihm klar: „Die einzig verbleibenden Möglichkeiten waren, entweder ein zweites Mal zurück in den Irak zu gehen oder die Verlegung zu verweigern. Es war die schwierigste Entscheidung meines ganzen Lebens. Ich wusste, wenn ich noch einmal ginge, würde ich aufgrund einer Lüge für den Tod und das Elend anderer Menschen verantwortlich sein.

Damit konnte ich nicht leben. Wenn ich aber die Verlegung verweigerte, könnte ich wegen Desertion verfolgt, zu einer Haftstrafe oder sogar zum Tod verur-

teilt werden, weil ich meinem Gewissen gefolgt war. Zehn Tage überlegte ich. Dann entschied ich mich, die Armee der Vereinigten Staaten zu verlassen. Ich packte einige Habseligkeiten und verschwand mitten in der Nacht.“

Seit dem Einmarsch im Irak sind mehr als 25.000 Soldatinnen und Soldaten aus der US-Armee desertiert. Viele sind nach Kanada geflohen in der Hoffnung, als Flüchtlinge anerkannt zu werden. Bisher wurden jedoch alle Asylanträge abgelehnt – anders als während des Vietnamkriegs, als Kanada Tausende US-Deserteure aufnahm.

André Shepherd hat sich als erster US-Verweigerer des Irakkriegs entschlossen, in Deutschland Asyl zu beantragen. Er beruft sich auf sein Recht, als Flüchtling anerkannt zu werden, da er sich einem völkerrechtswidrigen Krieg entzogen und die Teilnahme an Kriegsverbrechen verweigert hat und ihm dafür in seinem Heimatland Verfolgung droht.

Sich diesem Krieg zu entziehen, war für ihn nicht nur sein Recht, sondern seine Pflicht. Mit Blick auf die Nürnberger Prozesse sagt André: „Hier in Deutschland wurde festgelegt, dass jede und jeder, auch eine Soldatin oder ein Soldat, die Verantwortung für ihre und seine Handlungen übernehmen muss, ganz gleich, wie viele Vorgesetzte die Befehle dazu gegeben haben.“

In diesem Sinne hat André gehandelt. Dafür verdient er unsere Unterstützung.

Weitere Infos:

<http://www.connection-ev.de/>

(u.a. zu Veranstaltungsreihe mit André Shepherd vom 21.9. – 9.10.2009)

IM BLICKFELD

Aus einem Interview mit Andre Shepherd:

Meinen Sie, daß Präsident Obama irgend etwas ändern wird?
Nein. Obama wird gestützt von den internationalen Großkonzernen. Die Interessen derer, die ihm am meisten Geld gaben, werden als erstes bedient. Und das ist ganz offensichtlich. Er wird nicht die vorige Regierung wegen der Kriegsverbrechen belangen; er wird nicht aus dem Irak abziehen. Er läßt 50000 Soldaten als Kampftruppen im Irak, das heißt, der Krieg geht weiter. Er eskaliert den Krieg in Afghanistan, drängt auf den Ausbau von AFRICOM, des US-Kommandos für Afrika, und auf den Raketenschutzschild, um Rußland und den Iran einzukreisen. All das zeigt mir, daß Obama nichts ändern wird. Und Obama ist nur einer. Er muß immer noch mit dem

gesamten Kongreß fertigwerden, mit dem Gerichtssystem, dem Pentagon. Das US-Militär gibt es seit über 220 Jahren, das wird sich nicht über Nacht ändern, bloß weil da ein neuer Präsident und Oberbefehlshaber ist. Sie verhaften immer noch Leute, die sich weigern zu kämpfen. Sie bringen sie immer noch ins Gefängnis und entlassen sie unehrenhaft aus der Armee, einige gelten als vorbestraft. Obama ist noch nicht auf die wachsende Zahl von Soldatinnen und Soldaten eingegangen, die sich weigern, für ihn zu kämpfen: erst für Bush und jetzt für ihn. Ich sehe also nicht, daß Präsident Obama irgendwem Milde gewährt, bis der ganze »Krieg gegen den Terror« beendet ist, und Afghanistan und Irak gehören ja zum selben Krieg.

Quelle: Junge Welt vom 23.5.2009

Wider das Informationsmonopol des Pentagon

Jürgen Todenhöfer: „Warum tötest du, Zaid?“, C. Bertelsmann Verlag, 336 Seiten, 19,95 Euro (Nähere Infos unter www.warumtoetestduzaid.de)

■ Jürgen Todenhöfer war in Irak gereist und hat darüber ein brillantes Buch geschrieben

Dem Spitzenmanager Jürgen Todenhöfer, einst als junger CDU-Politiker durch stramm rechte Sprüche bekanntgeworden, gelang es, am fünften Jahrestag des Kriegsbeginns den Kontrapunkt zur üblichen (Nicht-)Berichterstattung zu setzen. Der Vizevorstandsvorsitzende des Burda-Konzerns war 2007 undercover in den Irak gereist, um Betroffene des Krieges zu befragen. Er hat nicht nur ein sehr informatives Buch darüber geschrieben, sondern schaffte es auch, seine Sicht an prominenter Stelle im Fernsehen vorzustellen. Nichts, was deutsche Zuschauer aktuell auf den Bildschirmen sehen, so Todenhöfer dort, vermittele ihnen auch nur ansatzweise ein realistisches Bild vom Geschehen im Irak. Von den durchschnittlich einhundert Angriffen der US-Truppen pro Tag – Schießereien, Razzien, Bombardierungen – zeige das Fernsehen nichts. Auch nichts von den einhundert Aktionen des bewaffneten Widerstandes gegen die Besatzungskräfte. Zu sehen gebe es nur die zwei, drei Selbstmordanschläge von Al Qaida auf Zivilisten, also von Terrorgruppen, die mit dem Widerstand überhaupt nichts zu tun hätten und von den Irakern noch mehr verabscheut würden als von uns.

Er fuhr in das besetzte Land, um die andere Seite des Krieges zeigen zu können, die Brutalität des Besatzungsregimes, die Zerstörungen, das Elend. Und er machte das, was die meisten Journalisten vermeiden: Er sprach mit den Betroffenen und lässt in seinem Buch diejenigen zu Wort kommen, die in den westlichen Medien nur als Feinde erscheinen.

Er erzählt vor allem die Geschichte von Zaid, der Hauptperson des sehr persönlich gehaltenen Buches. Zaid ist ein 22jähriger Student, der nie etwas vom Krieg wissen wollte und

sich dem Widerstand erst anschloss, nachdem wie schon sein erster auch sein zweiter Bruder von US-Soldaten getötet worden war – verblutet auf der Straße, vor den Augen der ganzen Familie, weil das anhaltende Feuer US-amerikanischer Heckenschützen jede Hilfe verhinderte.

Da war aber auch der ehemalige Professor der Universität Bagdad. Der väterlich und sehr würdig wirkende 42jährige Schiite mit dem Decknamen Mohammed ist Führer einer vereinigten Widerstandsgruppe aus Nationalisten, Baathisten und gemäßigten Islamisten und eine prominente Führungspersonlichkeit des Widerstands. Er schloss sich wenige Wochen nach der US-geführten Invasion dem Widerstand an, weil ihm die Demütigungen und Gewalttätigkeiten, die er und seine Umgebung erleben mussten, keine andere Wahl ließen.

Oder Yussuf, der genauso aussieht, wie man sich im Westen einen muslimischen Widerstandskämpfer vorstellt. Doch Yussuf ist einer der vielen Christen im Widerstand, die sich ebenso selbstverständlich wie Manichäer, Sabier, Yeziden und andere Minderheiten gegen den „Terrorismus der christlichen Besatzer“ wehren. Auch zahlreiche Frauen seien im Widerstand. Zudem sei es völlig normal, dass Christen, die fliehen müssten, von sunnitischen oder schiitischen Familien aufgenommen würden und umgekehrt Christen auch Muslimen Zuflucht gewährten. Mehr als die Hälfte der ursprünglich 1,5 Millionen Christen seien jedoch mittlerweile vor der Gewalt der Besatzer und der islamistischen Extremisten nach Syrien geflohen, der Rest unterstütze den Widerstand.

Yussuf verhehlt nicht, dass es Iraker gibt, die Anschläge auf Zivilisten verüben. Dies bleibe kaum aus, gibt er zu bedenken, wenn man Menschen jegliche Hoffnung nehme. Zudem habe die Besatzung sunnitische und schiitische

Extremisten nach oben gespült – mit der Folge, dass nun vielerorts auch Christinnen gezwungen seien, den Schleier zu tragen.

Abu Bassem, der vornehme Gastgeber eines Treffens mit Führern des Widerstands, nennt Todenhöfer „den ersten Westler, der nicht mit einem Hubschrauber oder Schützenpanzer der US-Armee nach Ramadi“ gekommen sei und seine Nächte nicht in den „zubetonierten Militärcamps“ verbringe. Die meisten westlichen Journalisten ließen sich die Geschehnisse im Irak fast ausschließlich von US-Offizieren erklären. Damit habe das Pentagon faktisch ein Informationsmonopol. Das sei „so, wie wenn man 1943 als Journalist mit deutschen Truppen ins besetzte Polen gereist wäre und dann im Vertrauen auf die Redlichkeit deutscher Presseoffiziere über die Situation der polnischen Bevölkerung geschrieben hätte“. Nicht ein einziger Journalist habe in den Jahren seit Beginn der Besatzung in Ramadi mit dem Widerstand gesprochen – obwohl er neben den US-Truppen die stärkste militärische Kraft im Irak sei.

Mohammed, der ehemalige Professor und heutige Guerillaführer, ist sehr gut über die Vorgänge und Diskussionen im Westen informiert, kritisiert im Einzelnen die westliche Politik gegenüber dem Irak und skizziert, was zur Beendigung der Besatzung und für die Zeit danach geschehen müsse. Die Vorschläge sind nicht neu, auf der Irak-Konferenz 2008 wurden sie in ähnlicher Weise vorgestellt. Es steht zu hoffen, dass sie durch dieses Buch größere Verbreitung erfahren.

Todenhöfer, der ehemalige Rechtsaußen der CDU, der politisch einen weiten Weg hinter sich hat, weiß, dass er trotz seiner Prominenz und seines privilegierten Zugangs zu den Medien einen schweren Stand haben wird. Er hat daher alle Aussagen so gut wie möglich gegenrecherchiert und seine Schilderungen mit ausführlichen Zusatzinformationen und Quellenangaben unterlegt. Dieser Anhang umfasst 48 der 335 Buchseiten und macht das Buch zu einer der solidesten gedruckten Informationsquellen über den Irak.

Joachim Guillard

An dieser Stelle weisen wir in unregelmäßigen Abständen auf Artikel hin, die im Internet zu finden und von besonderer Aktualität sind. Besonderes umfassend ist das Archiv der AG Friedensforschung an der Uni Kassel, das sowohl nach Themen wie auch nach Regionen/Ländern aufgebaut ist.

Rubrik: Weltarchiv – Regionen/Länder

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/>

Afghanistan

Es liegen folgende aktuelle Beiträge vor:

- Streitfrage: Welche Zukunft hat Afghanistan – nach dem Abzug der NATO-Truppen?
Es debattieren Dr. Matin Baraki, Marburg, und Thomas Gebauer, medico international (12. Juli 2009)
- Tödliche Luftangriffe
Armee Pakistans setzt Krieg gegen Taliban fort (12. Juli 2009)
- Merkel: „Eine Armee im Einsatz braucht eine solche Auszeichnung“ / Jung: „Wir sind in Afghanistan, weil wir die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger Deutschlands schützen“
Die Rede der Bundeskanzlerin zur erstmaligen Verleihung des „Ehrenkreuzes“ / Ansprache des Verteidigungsministers anlässlich der Beerdigung dreier in Afghanistan gefallener Soldaten (10. Juli 2009)
- ISAF will weniger Zivilisten töten
Befehl des Truppenkommandeurs soll neue Afghanistan-Strategie der USA umsetzen (09. Juli 2009)
- Trotz neuer Strategie: Wird Afghanistan Obamas Vietnam?
Besatzungstruppen suchen neue Nachschubwege, die Bundeswehr wird so noch mehr in die Kämpfe einbezogen. Drei Artikel (08. Juli 2009)
- Ehrenkreuz für „herausragende Tapferkeit“
Bundeskanzlerin Merkel und Verteidigungsminister Jung verleihen neue Auszeichnung an vier Unteroffiziere. Artikel, Kommentare (08. Juli 2009)
- Der Krieg wird verloren
US-Militärs fordern von Europäern mehr »Engagement« in Afghanistan. Briten mahnen Geschlossenheit an. UN-Generalsekretär warnt vor weiterer Gewalteskalation (04. Juli 2009)
- Weichenstellungen für noch mehr Krieg in Afghanistan
AWACS, mehr Truppen, mehr Tote? Bis Ende des Jahres sollen 100.000 NATO-Soldaten am Hindukusch kämpfen (03. Juli 2009)
- Afghanistan-Krieg: Neue Diskussion über Bundeswehrebeteiligung entfacht / Dänemark will mehr für das Militär tun
Unterschiedliche Signale aus NATO-Staaten - Struck will mit Taliban verhandeln - Obamas „Vietnam“? (30. Juni 2009)
- Die Zeit arbeitet für die Taliban
Die militärisch oktroyierte Stiftung von Frieden und Demokratie klappt seit Jahrzehnten nicht, wird aber wie in Afghanistan oder im Irak trotzdem fortgesetzt (29. Juni 2009)
- Mädchenschule zerstört
Taliban trotz der US-Drohnen-Attacken in Nordwestpakistan aktiv (27. Juni 2009)
- Keine Anklagen, keine Verfahren / No charges, no trials
Der britische Rundfunksender BBC legt Material über die Misshandlung von Gefangenen im US-Stützpunkt Bagram in Afghanistan vor / Ex-detainees allege Bagram abuse (26. Juni 2009)
- Große Mobilmachung
Verteidigungsminister Jung kündigt härtere Gangart in Afghanistan an (26. Juni 2009)

Für ständige Internet-Benutzer empfehlen wir die (fast) täglichen Newsletter per E-Mail von Wolfgang Kuhlmann. Näheres dazu inkl. Archiv unter www.friedenstreiberagentur.de